Protokoll über die Sitzung Nr. 3/2018 des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft der Stadt Wilhelmshaven am Montag, 16. April 2018, um 14:00 Uhr im Ratssaal

Oberbürgermeister:

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglieder Gruppe CDU/WBV:

Beigeordneter Stefan Becker
Ausschussvorsitzende Katja Breuer
Bürgermeisterin Ursula Glaser
Stellv. Ausschussvorsitzender Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig

Mitglieder SPD-Fraktion:

Ausschussmitglied Nurhayat Bakir
Beigeordneter Howard Jacques
Ratsmitglied Detlef Schön

Mitglieder Gruppe GrünUnabhängigSozial:

Ausschussmitglied Andreas Tönjes
Beigeordneter Michael von den Berg
Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

Mitglied FDP-Fraktion:

Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied AfD-Fraktion:

Ausschussmitglied Dr. Dr. Alfred Klinke-Mibert

Mitglied AfW-Fraktion:

Beigeordneter Thorsten Moriße

Es fehlten entschuldigt:

Beigeordneter Jörg Münkenwarf
Bürgermeister Uwe Reese

als Gast:

Ratsmitglied Helga Weinstock

Dezernenten:

Stadtbaurat Oliver Leinert
Erster Stadtrat Jens Stoffers

von der Verwaltung:

Marion Winkel-Fiedelak – Leitung Referat 2 – Referat für Kultur und Leitung Referat 5 - Referat für Bürgerangelegenheiten und Recht
Julia Muth - Fachbereichsleiterin Kommunikation & Koordination (13)
Jörg Walkenhorst - Fachbereich Rechnungsprüfungsamt (14)
Jörg Valnion - Fachbereichsleitung Finanzen (20)
Torben Müller - Fachbereich Finanzen (20)

Protokollführerin:

Jessica Zahn - Fachbereich Finanzen (20)

Sonstige:

Werner Sabisch – Geschäftsführer der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

2 Feststellung der Tagesordnung

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 12.03.2018

4 Vorlagen an den Rat:
4.1 Information zum vorläufigen Jahresabschluss 2017 (Kernverwaltung) **3/2018**
4.2 Kofinanzierung des Projektes "Jugend stärken im Quartier (JUSTIQ)" 2019 -2022 **49/2018**
4.3 Betriebsführungsvertrag „UNESCO – Weltnaturerbe Wattenmeer Besucherzentrum e.V." **74/2018**
4.4 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den RAT **68/2018**

5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss:
5.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den VA **88/2018**

6 Mitteilungen und Anfragen:
6.1 Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung
6.1.1 Neuausrichtung Wirtschaftsförderung - 1. Lesung

1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde ohne Änderungen festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 12.03.2018

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 12.03.2018 wurde, mit der Enthaltung von **Frau Breuer**, einstimmig genehmigt.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Information zum vorläufigen Jahresabschluss 2017 (Kernverwaltung) **3/2018**

Frau Breuer trug die Vorlage vor.

Herr Valnion berichtete, dass der Jahresabschluss dem Rechnungsprüfungsamt zur Prüfung vorliegt. Damit sei die Frist aus dem § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz eingehalten. Demnach muss der Jahresabschluss innerhalb von 3 Monaten nach dem Jahresende erstellt werden. Planmäßig soll unmittelbar nach den Sommerferien die Beschlussfassung über das endgültige Ergebnis und die Entlastung des Oberbürgermeisters erfolgen.
Die Ergebnisrechnung weist einen Überschuss in Höhe von 11,0 Mio. € auf, damit konnte das Gesamtdefizit von 38,5 Mio. € auf 27,5 Mio. € reduziert werden. Das Ergebnis des ordentlichen Haushaltes verbessert sich gegenüber dem Vorjahr um 11,0 Mio. €. Die Verbesserung resultiert im Wesentlichen aus höheren Steuereinnahmen der Stadt und des Landes, die über den Finanzausgleich teilweise auch bei den Kommunen landen.
Auch zum Jahresende 2017 wurden, wie schon im Vorjahr, keine Liquiditätskredite aufgenommen. Ebenfalls wurden keine Kredite zur Durchführung von Investitionen aufgenommen. Durch Tilgungen konnte der Schuldenstand für Investitionskredite von 43,9 Mio. € auf 39,7 Mio. € reduziert werden. Die gesamte Verschuldung der Kernverwaltung konnte von 81,2 Mio. € auf 73,9 Mio. € verringert werden. Herr Valnion erinnerte daran, dass die Stadt Wilhelmshaven sich durch die Stabilisierungsvereinbarung vertraglich verpflichtet habe, ab dem Jahr 2019 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Die mittelfristige Finanzplanung sieht nur kleine Jahresüberschüsse vor. Daher rief **Herr Valnion** dazu auf, bei der Übernahme neuer Aufgaben Vorsicht walten zu lassen und keine Abweichungen von den festgelegten Konsolidierungsmaßnahmen vorzunehmen.

Auf Nachfrage von **Herrn Dr. von Teichman** erklärte **Herr Valnion** die Ursache für die Differenz zwischen dem Ergebnishaushalt und dem Finanzhaushalt hinsichtlich der Steuern und Abgaben.

Herr Dr. von Teichman fragte nach der Differenz zwischen Plan-Ansatz und Ergebnis bei den Auszahlungen für Investitionstätigkeiten. Diese seien durch Verzögerungen bei den Vorwegmaßnahmen zum Klinikum-Neubau entstanden.

Außerdem hinterfragte **Herr Dr. von Teichman** die Differenz zwischen dem Ansatz und dem vorläufigem Jahresergebnis bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. **Herr Valnion** erläuterte, dass es sich hierbei nicht um Einsparungen handele, sondern lediglich Umbuchungen stattgefunden haben. Im Wesentlichen betreffe dies die Schülerbeförderung. Die Kosten der Schülerbeförderung wurden früher als Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen gebucht. Im Laufe des Jahres hat die Landesstatistik dies verändert, so dass nun die Kosten der Schülerbeförderung als sonstige ordentliche Aufwendungen gebucht werden.

Herr Stoffers berichtete kurz über die Personalkosten. Er zeigte auf, dass das positive Jahresergebnis nicht zu Lasten des Personals erreicht wurde. Im Jahr 2016 sind im Kernhaushalt für Personalkosten inklusive Rückstellungen 50,8 Mio. € angefallen, in 2017 stiegen diese Kosten um 1,7 Mio. € auf 52,5 Mio. €. Betrachtet man nur die steuerbaren Personalkosten ist zu erkennen, dass diese von 46 Mio. € im Jahr 2016 auf 49 Mio. € im Jahr 2017 angestiegen sind. Somit sind die

steuerbaren Personalkosten um 3 Mio. € gestiegen. Dies sei auch an der Mitarbeiteranzahl, welche von 716 Mitarbeitern im Jahr 2016 auf 784 Mitarbeiter im Jahr 2017 gestiegen ist, zu erkennen. Im Vergleich zur Planung sei bei den steuerbaren Personalkosten eine Verbesserung in Höhe von 600 Tausend € eingetreten. Dies spiegelt auch die insgesamt 25 unbesetzten Stellen wider.

Beschluss: -zur Kenntnisnahme-

Der Rat nimmt den beigefügten vorläufigen Jahresabschluss 2017 zur Kenntnis.

4.2 Kofinanzierung des Projektes "Jugend stärken im Quartier (JUSTIQ)" 2019 -2022 **49/2018**

Frau Breuer trug die Beschlussvorlage vor und bat um Wortmeldungen.
Es folgten keine Wortbeiträge.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Das Projekt JUSTIQ wird für vier Jahre, beginnend am 1.1.2019 bis 31.12.2022, fortgeführt. Die Stadt stellt dafür pro Jahr 70.000 Euro an Kofinanzierungsmitteln zur Verfügung.

4.3 Betriebsführungsvertrag „UNESCO – Weltnaturerbe Wattenmeer Besucherzentrum e.V.“ **74/2018**

Frau Breuer trug die Beschlussvorlage vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Dr. von Teichman wies zur Verdeutlichung darauf hin, dass die Stadt der Institution auch das Gebäude kostenfrei zur Verfügung stellt. Die Gebäudemiete betrage etwa 230 Tausend €, so dass die Stadt pro Jahr eigentlich insgesamt eine halbe Million € bezuschusst.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt einen neuen Betriebsführungsvertrag zwischen der Stadt Wilhelmshaven und dem Verein „UNESCO – Weltnaturerbe Wattenmeer Besucherzentrum e.V.“ mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2021.

4.4 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den RAT **68/2018**

Frau Breuer las die Beschlussvorlage vor und bedankt sich bei den Spendern.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Zuwender/in	Betrag	Empfänger/Verwendungszweck
1. Wilhelmshavener Zeitung Parkstr. 8, 26382 Wilhelmshaven	4.590,83 €	Geldspende für die Beschaffung von Schulbüchern und Schulmaterial für bedürftige Grundschulkinder
2. Wilhelmshavener Spar- und Baugesellschaft eG Grenzstr. 29-35, 26382 Wilhelmshaven	5.150,00 €	Geldspende zur Durchführung der Sonntagskonzerte 2018 im Musikpavillon im Kurpark

5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

5.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den VA **88/2018**

Frau Breuer trug die Beschlussvorlage vor und bedankte sich bei den Spendern.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Zuwender/in	Betrag	Empfänger/Verwendungszweck
3. Kuratorium Gorch-Fock-Haus, Vorsitzender: Standortältester Fregattenkapitän Lars Vergin, Endraßstr. 11, 26384 Wilhelmshaven	1.000,00 €	Geldspende für die Anschaffung eines Stromgenerators für die mobile Jugendarbeit im Streetworkbereich
4. Frau Annemarie Stumper, Graf-Ulrich-Weg 1, 26386 Wilhelmshaven	200,00 €	Geldspende für den Besuchsdienst der Stadt Wilhelmshaven
5. Wilhelmshavener Spar- und Baugesellschaft eG, Grenzstr. 29-35, 26382 Wilhelmshaven	500,00 €	Sachspende in Form des Anstrichs des Musikpavillons im Kurpark anlässlich der Sonntagskonzerte 2018

6 Mitteilungen und Anfragen

6.1 Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung

Herr Dr. von Teichman merkte an, dass widersprüchliche Zeitungsartikel bezüglich der zukünftigen Beteiligung des Herrn Leutze an dem Outlet-Center kursieren. Er fragte nach dem tatsächlichen Stand.

Herr Leinert wies daraufhin, dass er bei den Aussagen, welche er im Rat getroffen hat, bleibt. Demnächst stehe ein Gespräch mit Herrn Kleiner und der Volksbank an. Herrn Leutze stehe es frei seine Idee zu realisieren, dies werde allerdings nicht auf diesem Grundstück und in dieser Konstellation der Fall sein.

Herr Becker fragte nach dem Bauvorhaben im Bereich Schlachthof. Im Gegensatz zu früheren Aussagen von Herrn Leinert sei in den Medien verbreitet worden, dass sich der Investor Herr Frerichs zurückziehen möchte.

Herr Leinert erklärte, dass es auch hier bei den genannten Informationen bleibe.

Anschließend fragte **Herr Hellwig** nach den Konsequenzen für den Eigentümer des Grundstückes vom geplanten Outlet-Center durch den damaligen Zuschuss für den Abriss des alten Gebäudes.

Herr Oberbürgermeister Wagner und **Herr Leinert** erklärten, dass das Grundstück im Grundbuch einen Sanierungsvermerk hat. Der Sanierungsvermerk ist mit der Verpflichtung verbunden auf dem Grundstück ein Geschäftshaus zu bauen. Sollte kein Geschäftshaus gebaut werden, können die Fördermittel zurückverlangt werden. Dieser Sanierungsvermerk würde auch für einen neuen Eigentümer gelten.

Auf Nachfrage von **Herrn Hellwig** antwortete **Herr Leinert**, dass die Fördermittel zu 1/3 vom Bund, 1/3 vom Land und 1/3 von der Stadt entrichtet wurden.

Herr Dr. von Teichman fragte nach Informationen zum aktuellen Stand des Tourismuskonzeptes. Herr Leinert berichtete, dass die Erstellung des Tourismuskonzeptes ausgeschrieben wurde und man zwei Angebote erhalten habe. In Absprache mit WTF wird nun eines der Angebote beauftragt. Bis zur Sommerpause soll ein erstes Konzept vorliegen und erste Workshops stattgefunden haben.

Es folgte eine Diskussion zwischen den **Herren Dr. von Teichman, Hellwig, von den Berg, Heinemann** und **Herrn Oberbürgermeister Wagner** über die Informationspflicht gegenüber dem Rat bezüglich Angelegenheiten aus dem Aufsichtsrat des Klinikums. **Herr Dr. von Teichman** wies, aufgrund der Differenzen bezüglich des Vergabeverfahrens für die Errichtung des neuen Gebäudes, darauf hin, dass Aufsichtsgremien und insbesondere der Aufsichtsrat dazu verpflichtet seien den Rat rechtzeitig über wichtige Angelegenheiten zu informieren. **Herr Dr. von Teichman** vertrat die Meinung, dass der Rat dem Aufsichtsrat gegenüber Weisungsrechte habe.

Herr Oberbürgermeister Wagner entgegnete, dass in der Sitzung im März ausführlich berichtet wurde und dies wieder in der Sitzung im Mai geschehen wird. Ein Weisungsrecht gegenüber dem Aufsichtsrat habe der Rat nicht. Es wird im Rat ausführlich berichtet, jedoch handele sich um Themen, welche gesellschaftsrechtlich als erstes in den Gremien der Gesellschaft beraten werden müssen.

Herr von den Berg stimmte der Wichtigkeit des Informationsaustausches zu, zweifelte jedoch ebenfalls an, dass der Rat gegenüber dem Aufsichtsrat ein Weisungsrecht habe.

Herr Heinemann wies darauf hin, dass der Bauantrag für den Neubau eingereicht wurde und am 25.04.2018 eine Sitzung des Aufsichtsrates stattfindet. Durch die Information der Expertenkommission in der Mai-Sitzung werden seiner Meinung nach alle Informationspflichten erfüllt.

Herr Heinemann berichtete, dass er von dem Wilhelmshavener Hafenwirtschaftsvereinigung e.V. auf den konkreten Stand bezüglich der Sondermitgliedschaft, welche in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 12.03.2018 vorgestellt wurde, angesprochen wurde. Dies wollte er an den gesamten Ausschuss weitergeben.

Herr Dr. von Teichman erklärte, dass für das Jahr 2018 bereits ein Zuschuss durch den Nachtragshaushalt genehmigt wurde, so dass für dieses Jahr nicht über eine Sondermitgliedschaft diskutiert werden müsse. Er erinnerte außerdem daran, dass darüber diskutiert wurde, über eine Beteiligung an den WHV e.V. im Rahmen der Neuaufstellung der Wirtschaftsförderung zu beraten.

6.1.1 Neuausrichtung Wirtschaftsförderung - 1. Lesung

Herr Oberbürgermeister Wagner berichtete, dass noch keine erste Lesung stattfinden wird. Momentan gäbe es noch aufgrund von arbeitsrechtlichen und vergaberechtlichen Problematiken Abstimmungsbedarf.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 15:04 Uhr

Wagner Oberbürgermeister	Breuer Vorsitzende	Zahn Protokollführerin